

Heimat – Einschluss oder Ausschluss?

Sehr geehrte Damen und Herren

All inclusive: An was denken Sie da? An Buffets, die unter der Last der Speisen fast zusammenbrechen, und an Touristen, die sich den ganzen Tag volllaufen lassen, weil ja alles gratis ist?

Oder an ein Schlaraffenland, in dem man nichts tun muss, um seinem Lebensunterhalt zu verdienen, weil alles einfach da ist, zur Verfügung steht, die gebratenen Gänse einem in den Mund fliegen?

Oder an eine Vollkasko-Gesellschaft, die für jeden und jede einen Platz hat, sich um alle kümmert, niemanden abstürzen lässt, sondern ein feinmaschiges Netz sozialer Inklusion knüpft?

Solche Bilder des «All Inclusive» spielen sicherlich bei manchen Menschen, die sich zur Migration entscheiden oder die hochgradig mobil sind, eine Rolle. Es ist in der Tat der Traum von vielen, dorthin zu gehen, wo alles reichlicher vorhanden ist als im eigenen Land. Und dieses «alles» meint in vielen Fällen primär materielle Dinge – Verdienst, Wohlstand, Güter – meint aber ebenso häufig auch das Versprechen einer solidarischen Gesellschaft mit Krankenversicherung, Arbeitslosengeld und Rente.

Und es gibt Gruppen von mobilen Menschen, deren Leben viele Aspekte eines solchen «all inclusive» trägt, etwa Expats, denen die Firma Probleme abnimmt, Wohnungen beschafft, eine Schule für die Kinder, einen Job für den Ehepartner oder die Ehepartnerin sucht.

Und auch für Migrantinnen und Migranten, die sich ihren Aufenthalt hart erarbeiten müssen, wird das «all inclusive» zwar nicht wörtlich Realität, aber entsteht doch ein Gefühl des (materiellen) Sattseins, das manchen touristischen Erfahrungen nicht ganz fremd ist.

Wenn es allerdings um andere Facetten geht, die des Ein- und Ausschlusses auf sozialer, kultureller, alltäglicher Ebene, sieht es oft etwas anders aus. Und auch auf wirtschaftlich-materieller Ebene klappt es bei vielen Gruppen nicht so, wie sie sich das erträumt hatten.

Meine **Hauptthese** ist, dass sich die Frage des Ein- und Ausschlusses aber längst nicht mehr nur auf die Zugezogenen, die Migrierenden und Mobilen zu beziehen hat. Ein- und Ausschlüsse sind zu Fragen geworden, die sich der Gesellschaft insgesamt stellen. Und man kann hier durchaus mit dem umstrittenen und von vielen als altmodisch betrachteten Begriff Heimat hantieren. Heimat wird dann zum Thema, wenn viele das Gefühl haben, von etwas ausgeschlossen zu sein, das sie eigentlich einschliessen müsste.

Fühlt sich vielleicht sogar unsere Gesellschaft als Ganzes zunehmend ausgeschlossen von dem, was «in der Welt» passiert, wahrgenommen als globale Prozesse, auf die man kaum oder keinen Einfluss hat und die sich der Regulierung durch nationalstaatliche Akteure entziehen?

Massnahmen nur im Migrationsbereich machen daher häufig wenig Sinn, denn viele der Themen, die hier verhandelt werden, betreffen auch Menschen, die nicht migriert sind, etwa Themen der Bildung oder der Sozialgesetzgebung. Das macht aber den Prozess noch komplizierter, denn es geht darum, wesentliche Parameter der bisherigen Gesellschaftsentwicklung kritisch zu hinterfragen und auf neue Entwicklungen hin auszurichten. «All inclusive» heisst dann auch, wir müssen **alle Themen** einschliessen, die Frage stellen, wohin sich diese Gesellschaft im 21. Jahrhundert angesichts von Globalisierung, Robotisierung, Mobilisierung und was der gängigen Stichworte mehr sind, bewegen soll.

Doch davon sind wir weit entfernt, Migration wird nach wie vor als isoliertes Problem betrachtet, die politischen Ansätze gleichen eher einem Durchwursteln als einer kohärenten Strategie. In Wirklichkeit aber ist Migrationspolitik nichts anderes als Gesellschafts- und Zukunftspolitik. Packen wir letztere nicht an, finden wir auch keine Lösung für erstere.

«All inclusive» wird auch schwieriger, weil wirklich **alle eingeschlossen** werden sollen, alle Menschen in einer Gesellschaft, nicht nur die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, denn im Zeitalter der Mobilität leben immer mehr Menschen an Orten, wo sie keine Staatsbürgerschaft haben. Dadurch wird die durch das Prinzip «Nationalstaat» definierte Identität von Flächen- und Sozialraum gesprengt. Immer häufiger schliessen sich Menschen zusammen, die weit auseinander leben, sich aber kulturell nah fühlen, während sie mit ihren räumlichen Nachbarn absolut nichts zu tun haben. Es entstehen prozessuale «Landschaften», die durch die Technologie global miteinander vernetzt sind, ohne dass noch territoriale Zusammenhänge bestehen. Dies stellt die wohl grösste Herausforderung für die Nationalstaaten dar, die bisher praktisch ausschliesslich auf der Ebene der räumlichen Zugehörigkeit einerseits, der Zugehörigkeit qua Staatsbürgerschaft andererseits funktioniert haben.

Und «all inclusive» meint schliesslich auch, dass die **ganze Welt** eingeschlossen wird. Das «all inclusive» des Luxushotels Europa wird in Frage gestellt durch die Verschiebung der globalen

Machtverhältnisse. Kann das Luxushotel weiter ein Luxushotel sein, wenn «all inclusive» für wirklich alle gilt, wie das etwa die Vertreter der «open border movement» sehen? Oder passiert dann nicht das Gegenteil, wie das alle jene glauben, welche die Mauern um das Luxushotel hochziehen wollen, nämlich, dass das Luxushotel Gefahr läuft, zu einer billigen Absteige zu werden wes es viele andere schon gibt?

Ich spreche im Folgenden einige Aspekte dieses «All Inclusive» an, beginnend beim ökonomischen Einschluss, wie er sich besonders, aber nicht ausschliesslich als zentrale Frage im Asylbereich stellt, über die Frage des sozialen und kulturellen Einschlusses bis schliesslich zur politischen Inklusion und Partizipation.

Setzen wir also bei einer aktuellen Frage ein, dem Asylbereich, bei dem die Prozesse des Ein- und Ausschlusses besonders schwierig und komplex sind. Hier können wir feststellen, dass die Eingliederung, insbesondere in den **Arbeitsmarkt**, aber auch in vielen anderen Bereichen, nicht befriedigend funktioniert. Wenn man die bisherigen Erfahrungen anschaut, welche Strategien funktionieren, kann man etwas verallgemeinert sagen:

Es braucht eine systematische Abklärung, was die einzelnen Individuen an Wissen und Können mitbringen, und eine Planung eines Ausbildungsweges. Das erfordert zwei Dinge:

- 1) Ein systematisches Coaching
- 2) Eine neue Sozialpolitik

Was wir brauchen, ist ein intensives **Coaching** der betroffenen Personen aus einer Hand, über Jahre hinweg. Das hat sich am besten bewährt. Das ist aber sehr teuer und sehr aufwändig.

Es geht dabei um das Abklären des Könnens und der Bedürfnisse, auch der Abklärung der Bedürfnisse der Wirtschaft, um eine möglichst flexible Palette von Praktika, Vorlehren, Anlehren, Lehren, wo nötig aber auch Grundausbildung zur Verfügung zu stellen. Es braucht eine enge Verzahnung der Ämter und eine enge Verzahnung von Betreuung und Wirtschaft.

Vor allem muss den Leuten, die mehr können als eine Anlehre machen, diese Möglichkeit, weiter zu kommen, auch geboten werden.

Heute finden wir ein ziemlich unkoordiniertes Nebeneinander der Ämter und auch der Stufen (lokal, kantonal, national). Beispiel Podiumsdiskussion in einem grossen Kanton: Arbeitsamt, Integrationsbüro, Sozialamt, Schulamt, und noch ein oder zwei weitere Ämter waren da. Frage: Person xy hat Asyl bekommen, nun möchte er wissen, welche Möglichkeiten er hat, um seinen weiteren Weg zu planen. Wohin geht er, wenn er seine Situation planen will? Schweigen. Wir sind

für Sprachkurse zuständig, sagt die Integrationsstelle, wir für die Wohnung, sagt das Sozialamt, wir bieten die offenen Stellen an, sagt das RAF und so weiter. Heiterkeit im Publikum, dann betretenes Schweigen, alle haben gemerkt: es ist nichts koordiniert. Keiner hat eine Ahnung, wie man diese Person beraten könnte, wenn sie ihr Leben in die Hand nehmen möchte. Alle bieten ein Puzzlestück, aber wie das mit dem nächsten Puzzlestück zusammenpasst, weiss niemand.

Coaching und individuelle Betreuung brauchen insbesondere unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMAs) und junge Erwachsene, darüber hinaus aber auch alle anderen. Bei UMAs ist die Situation in den Kantonen sehr unterschiedlich, manche tun Sinnvolles, andere tun sehr wenig. Wenig tut sich bei den jungen Erwachsenen. Aber diese, die jungen Menschen von 18–28 sind nicht in einer grundsätzlich anderen Situation. Sie müssen Defizite beheben, das heisst u.U. sie benötigen grundständigen Schulunterricht, das heisst aber auch Praktika, Anlehre oder Lehre. Und was immer das kosten mag, es ist billiger als eine vierzigjährige Karriere zwischen Sozialfall und Gelegenheitsjobs. Hier müsste dringend mehr getan werden, stattdessen bauen wir momentan aus Spargründen ab. Wir produzieren die Sozialfälle, die dann politisch ausgeschlachtet werden können.

Zweitens bedingt ein solches Vorgehen deshalb eine Neustrukturierung der **Sozialpolitik** und damit etwas, das weit über die Migrationspolitik hinausgeht. Doch hier sperren sich alle, links wie rechts, konservativ wie fortschrittlich. Denn man müsste darüber nachdenken, ob die einst im Industriezeitalter geschaffenen Instrumente noch tauglich sind für die Zukunft. Und dieser Frage mag sich niemand stellen.

Was ist zu tun? Die Integrations- und Sozialpolitik der Zukunft heisst **Bildungspolitik**, auf allen Stufen und in allen Lebensphasen. Grosse Defizite innerhalb der Bevölkerung, wie wir sie noch immer haben, wird es angesichts der Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr ertragen.

Was stellen wir fest: Die Mehrheit aller Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen verfügt über keine Ausbildung ausser der obligatorischen Schulausbildung, manche nicht einmal über diese. Hier ist anzusetzen. Sozialhilfe muss heissen: Bildung, Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt. Was ist sie jetzt: Integration in den Arbeitsmarkt, sofern der Arbeitsmarkt diese Person will, häufig will er sie nicht. Und zudem Finanzierung des minimalen Lebensunterhaltes. Damit bringen wir Leute nicht aus ihrer Situation raus. Auch hier braucht es ein intensives Coaching. Und eine Finanzierung, damit der nächste Schritt getan wird. Und wenn das halt heisst: Grundausbildung, dann zuerst Grundausbildung. Heue hieven wir die Leute in Arbeitsmärkte, die

extrem instabil sind, etwa in den Putzsektor, und sind erstaunt, wenn sie ein halbes Jahr später schon wieder auf der Matte stehen.

Noch prekärer sieht es bei Familien aus: Was wissen wir: Sozialer Ausschluss oder Armut fallen nicht unmittelbar über das Individuum her, sondern sind meist das Endresultat einer problematischen Biographie oder auch der Generationenentwicklung. Benachteiligungen, die sich auf die Ausbildungs- und Berufschancen auswirken, entstehen zu einem wesentlichen Teil in den ersten Lebensjahren. Denn hier werden die kognitiven Fähigkeiten entwickelt, aber auch Frustrationstoleranz, Durchhaltewillen, Lernmotivation, Phantasie. Wir versuchen seit einem halben Jahrhundert, den Einfluss der sozialen Positionierung auf die Ausbildungsgleichheit auszuschalten, ohne viel erreicht zu haben. Wenn die Kinder in die Schule kommen, ist die Prägung da, die Korrektur kaum mehr möglich. Wenig überraschend gehören Migrationsfamilien (und hier v.a. Flüchtlingsfamilien) und Alleinerziehende zu den besonders Benachteiligten. Bei den Alleinerziehenden aber nur, wenn das Einkommen tief ist. Also müssten die Mütter/Väter bzw. die Eltern arbeiten gehen und Geld verdienen. Aber das wiederum nur, wenn eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung zur Verfügung steht.

Was steht dieser frühen Förderung entgegen? Wir huldigen einem Familienmodell, das wir als traditionell anschauen, das aber eigentlich erst in den letzten Jahrzehnten so richtig greift: Die Vorstellung von der Kernfamilie, die ausschliesslich verantwortlich ist. Wollen wir also etwas ändern in diesem Bereich, müssen wir über unsere Familienmodelle nachdenken. Auch dies ein Thema, das weit über die Migrationspolitik hinausreicht.

Gehen wir gleich zur **Stufe der Erwachsenen** und überspringen die Schule, zu der es viel zu sagen gäbe, weil sie in der Regel die Ausschlüsse verstärkt, statt sie zu dämpfen. Der fundamentalste Mangel im Erwachsenenbereich ist die Tatsache, dass ca. 600'000 Erwachsene über keine weitere Ausbildung als die obligatorische Schulbildung verfügen. 600'000, das ist ungefähr jeder 8. Arbeitnehmende – eine enorme Zahl für eine so hoch entwickelte Volkswirtschaft wie die schweizerische. Viele davon sind Migrantinnen und Migranten, zum Teil schon vor Jahrzehnten ins Land kamen, um zu arbeiten, und die nie die Chance hatten, eine Berufsausbildung zu machen.

Für alles, was zukünftiges Potential hat, braucht es: Wissen, Können, Talent, Kreativität. Ziel muss daher sein, dass möglichst alle einen Sekundarabschluss schaffen und eine berufsorientierte Ausbildung machen. Die 600'000 ohne berufliche Qualifikation müssten jetzt, solange sie noch Arbeit haben, in die Lehre. In vielen Betrieben könnte man sie nämlich brauchen, wenn sie denn halt mehr könnten als sie jetzt können.

Eine dreijährige Berufslehre machen sie in zwei, weil sie keinen Sport und keine allgemeinbildenden Fächer mehr brauchen und durch ihre praktische Erfahrung schon viel implizites Wissen haben.

Um ein solches Konzept zu realisieren, braucht es:

- 1) Das Engagement der Arbeitgebenden, denn sie müssen einwilligen, dass ihre Angestellten nicht nur arbeiten, sondern auch lernen. Das kostet, etwa Ausbilder und Ausbilderinnen, auch mehr Zeit für bestimmte Abläufe.
- 2) Das Engagement des Staates, der den Tag, den die Menschen in die Schule gehen, finanzieren müsste, denn man kann ihre Löhne nicht einfach kürzen, denn sie haben Familie, Wohnung, Kinder in Ausbildung.
- 3) Das Engagement der Betroffenen, denn sie müssen wieder ins Lernen einsteigen. Das wird manchen schwer fallen.

Aber das sind alles lösbare Probleme. Und die Kosten betragen ein Bruchteil dessen, was auf uns zukommt, wenn ein Grossteil dieser Menschen einmal keine Arbeit mehr hat. Mit einer solchen Vorgabe hätten wir eine wirkliche «Fachkräfte-Initiative», keine bundesrätliche Worthülse. Einige wenige Firmen praktizieren solche Ansätze, doch die überwiegende Mehrheit der Wirtschaft und Politik ist desinteressiert. Warum hier investieren, wenn gut ausgebildeter Nachschub vor der Tür steht?

Kommen wir zur **sozialen Integration** und wechseln wir die Gruppe vollständig:

Soziale Integration läuft in der Schweiz im Wesentlichen über Arbeit und daher ähnlich wie die wirtschaftliche. Insgesamt ist die Situation nicht so schlecht, wir kennen keine Ghettos und keine abgeschotteten Communities. Der Grund liegt nicht in unserer integrationspolitischen Cleverness, sondern darin, dass wir ein räumlich wie inhaltlich breit gefächerte Wirtschaft haben und dass wir mit der Berufslehre ein Instrument zur Verfügung haben, das vielen gute Perspektiven eröffnet.

Aber grosse Defizite der sozialen Integration finden wir seltsamerweise gerade bei Hochqualifizierten. In Rankings schneidet die Schweiz bei Fragen der Zufriedenheit, der Gastfreundschaft, der sozialen Kontakte miserabel ab. Das ist sicherlich auch eine Frage der hiesigen Mentalität, die sich ja nicht gerade durch unbekümmerte Offenheit auszeichnet. Aber auch fehlender Bemühungen von Seiten der Behörden. Denn diese Gruppe verursacht keine Probleme und bezahlt Steuern, was will man mehr.

Warum haben wir aber abgeschottete International Schools und nicht eine Fremdsprachenmatur und das "International Baccalaureate" (IB) an normalen Gymnasien, so dass alle, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, davon profitieren könnten? Das gleiche gilt für Schulen generell und auch für unsere veralteten Fremdsprachenmodelle.

Vor allem aber zeigt sich in diesem Bereich, dass Integration zwei aktive Seiten braucht, die sich engagieren. Man kann sich nicht integrieren, wenn die Seite der Einheimischen abwesend ist. Die Zivilgesellschaft hätte hier eine wichtige Aufgabe. Man jammert über zu wenig Vereinsmitglieder, zu wenig Engagement in den Quartieren (wo die Migrierenden in all diesen schönen Mitsprache- und Mitgestaltungsprozessen, die es heute gibt, immer als die grossen Abwesenden beklagt werden). Und es fehlen uns Behördenmitglieder und Aktive in allen möglichen Organisationen und Verbänden.

Ein dauernder **Kohäsionsprozess** ist Grundvoraussetzung für jede Gesellschaft und wird in Zukunft sogar noch notwendiger sein, in der Arbeits-, der Bildungs-, der sozialen, der politischen Welt. Kohäsion ist aber nicht einfach auf Migrierende ausgerichtet, sondern auf alle, die wir heute in vielfältigen Zugehörigkeiten leben und uns gleichzeitig als Teil der Gesellschaft verstehen.

Diese Suche nach Zusammenhalt ist heute intensiv spürbar. Sie führt in vermehrtem Masse zur Suche nach **Heimat**, die gross im Trend zu sein scheint, wie der Erfolg der Ausstellung zeigt, die wir am Nachmittag besuchen. Hermann Lübke sprach schon vor Jahren vom «Vertrautheitsschwund»: Er bezog sich primär auf die räumliche Erfahrung: Das, was gestern noch vertraut, weil so wie immer war, etwa im Dorfbild oder im Quartier, ist heute abgerissen, renoviert, durch einen Neubau ersetzt. Dieser Vertrautheitsschwund wächst im Verhältnis zum Tempo des Wandels. Er ruft Heimat auf den Plan, verlangt nach (meist idyllisierten) Gegenbildern. Diese Bilder haben Einschluss schon immer dadurch erzeugt, dass sie diejenigen, die ausgeschlossen wurden, nicht mit aufs Bild genommen haben. Heimat heisst zunächst einmal dazugehören, und über weite Strecken der Geschichte heisst dies wiederum, Besitz zu haben.

In manchen schweizerdeutschen Dialekten, etwa im Appenzellischen oder Berndeutschen, wird heute noch ein Ausdruck verwendet, der die enge Verbindung von Besitz und Heimat anzeigt: Ds «Hemet», s «Heimetli» ist nichts anderes als das Haus, das einem gehört und in dem man lebt, und das dazugehörige Land mitsamt Tieren, das man bewirtschaftet. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch daran, dass diejenigen Kinder, die dieses «Hemet» nicht übernehmen konnten, die Heimat verlassen und ihren Lebensunterhalt anderswo verdienen mussten, als Knechte, Mägde, Handwerker, Söldner, später als Fabrikarbeitende und Migrierende. Sie wurden entwurzelt, weil bei ihnen Heimat, also der Hof, der Lebensunterhalt, also die Arbeit, und die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, also zum Dorf, zusammenfielen und der Verlust des einen auch den Verlust der anderen bedeutete. Und wer gar nie ein «Hemet» besass, war ohnehin schlecht dran, denn ohne dieses liess sich in den Dörfern nicht gut leben. Daher waren schon immer viele Menschen mobil und heimatlos, verdienten ihren Lebensunterhalt umherziehend, als Bettler, Wanderhändlerin, Handwerker oder Söldner.

Je mehr Menschen im 19. Jahrhundert mit der Industrialisierung aus ihrer Heimat weggezogen, umso intensiver wurde die Heimat idyllisiert. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert waren es die Industrialisierung und Urbanisierung, heute sind es die Europäisierung und Globalisierung, die einen «Vertrautheitsschwund» erzeugen. Dieser ist aber nicht nur räumlich, sondern auch gesellschaftlich, ökonomisch und kulturell spürbar.

Und Teil des Vertrautheitsschwundes ist natürlich auch die Auseinandersetzung mit dem Fremden und den Fremden. Das Merkwürdige daran ist allerdings die Tatsache, dass sich die Grenzen des «Vertrauten» und des «Fremden» ständig verschieben. Was gestern noch fremd war, ist heute vertraut. Wie gross waren doch bis weit ins 20. Jh. hinein die Unterschiede zwischen katholischen und protestantischen Leuten, wie fremd die «Bergler», die in den grossen Städten Arbeit suchten. Und wie sind die einst von vielen als nicht integrierbar betrachteten «Tschinggen» zu Lebensstil-Vorbildern geworden?

Aber es kommen immer wieder neue Elemente der Überfremdung hinzu, der Prozess ist ein kontinuierlicher. Gefühle der Überfremdung und des Vertrautheitsschwundes, das heisst deshalb immer auch: Vieles muss diskutiert und ausgehandelt werden. Selbst alltägliche Banalitäten wie der Handschlag, über die wir uns nie Gedanken gemacht haben, werden daher zur Kampfzone um **Normen und Werte**, die von vielen als die kulturelle Ebene des Ein- und Ausschlusses gesehen werden. Welche Verhaltensweisen werden akzeptiert, welche nicht? Dieser Prozess hat aber nicht erst vor kurzem eingesetzt, wie das viele meinen, und hängt auch längst nicht nur mit Migration und Globalisierung zusammen.

Anpassungen und Neuorientierungen laufen immer. Nehmen wir etwa die Bedeutung der Religion: War es damals eine Herausforderung, über die Konfessionsgrenzen hinweg zu heiraten, stellt das heute eine nicht mehr erwähnenswerte Normalität dar. Nehmen wir als zweites Beispiel die Rolle der Geschlechter: Die Älteren erinnern sich, wie der Untergang der Gesellschaft beschworen wurde, sollten Frauen in der Politik mitreden dürfen. Nehmen wir als letztes Beispiel die Einstellung zu gleichgeschlechtlicher Liebe, die noch vor wenigen Jahren von Gesetzes wegen verfolgt, als widernatürlich kritisiert oder totgeschwiegen wurde.

Solche Entwicklungen gehören also zur Gesellschaft. Passieren aber zu viele Änderungen zu schnell, verlieren viele Menschen den Boden unter den Füßen, sie werden angeblich «entwurzelt», eine seltsame Metapher bei einem Lebewesen mit zwei Beinen. Insbesondere Migrantinnen und Migranten kennen dieses Gefühl bestens. Aus der Auseinandersetzung zwischen alter Heimat und neuem Lebensmittelpunkt ergibt sich für sie oft eine Konstellation der Zerrissenheit, zerrissen zwischen den Wertvorstellungen und kulturellen Erwartungen von «hier» und von «dort». Sie fühlen sich plötzlich an beiden Orten nicht richtig ein-, sondern vielmehr an beiden zumindest teilweise ausgeschlossen.

Heute nun scheinen solche Gefühle der **Zerrissenheit** allgegenwärtig zu sein, sehen sich doch grosse Teile der Gesellschaft mit ähnlichen Empfindungen konfrontiert, ohne selber migriert zu sein. In diesem Sinne haben die letzten Jahrzehnte zu einer Art Migrantisierung der gesamten Gesellschaft geführt. Durch die gesellschaftlichen Entgrenzungsprozesse sind die Erfahrungen der Heimatlosigkeit allgemein geworden. Und wenn ich daher von Kohäsion rede, meine ich die gesellschaftliche Suche nach Lösungen in vielen Bereichen, bei denen wir gerne zuerst die Migration konkret oder die Globalisierung abstrakt verantwortlich machen. In Wirklichkeit aber sind Prozesse am Werk, die auf die gesamte Gesellschaft einwirken und die nicht einfach eine Ursache haben, sondern viele: Der Wandel der Arbeitswelt, das sich ändernde Verhältnis der Geschlechter wie auch der Generationen und viele andere Bereiche sind hier zu nennen.

Solche Prozesse der Erneuerung und Veränderung sind immer mit grosser Unsicherheit verbunden und rufen immer Ängste und Gegenreaktionen hervor. Erfolgreich können sie nur dann sein, wenn sie die Menschen nicht nur verunsichern, sondern auch Hoffnung bieten.

Das heisst auch, es muss eine dauernde Rückversicherung geben, was denn für diese Gesellschaft Bedeutung hat, was die zentralen **Werte** sind. Wie wir gesehen haben, ändert das im Laufe der Zeit. Die Berufung auf das christliche Abendland oder auf ähnliche Leitkulturen macht daher wenig Sinn. Vor 50 Jahren etwa wäre die Unterwerfung der Frauen zentraler Wert der Gesellschaft gewesen.

Aber dieser Wandel entbindet uns nicht von der Aufgabe, festzulegen, was hier und heute für uns gültig ist. Das ist eine dauernde Debatte, die nie mit der Übereinstimmung aller enden kann. Wenn aber auf demokratischem Weg Entscheidungen getroffen werden, dann gilt es die auch durchzusetzen, manchmal mit Toleranz (die Appenzeller z.B. haben eine grosszügige Frist erhalten, bis sie Frauenstimmrecht durchsetzen mussten), aber im Kern konsequent.

Das bedingt aber auch, allen Menschen, die an einem Ort leben, die Möglichkeit zu geben, bei den Fragen, welche die Gesellschaft bewegen, mitzureden. Vom offiziellen Diskurs der demokratischen Teilhabe ist immerhin ein Viertel der Bevölkerung ausgeschlossen, das erscheint doch sehr viel. Kann man auf diese Weise Kohäsion herstellen?

Einschluss müsste daher über den sozialen und wirtschaftlichen Einschluss hinaus auch die politische Zugehörigkeit umfassen. Wollen wir die Menschen in unsere Gesellschaft integrieren, müssen wir sie zu **citoyens und citoyennes** machen, zu Menschen, die Rechte haben, aber auch zu Menschen, die sich verantwortlich fühlen für ihr Umfeld und ihre Umwelt.

Doch wir gehen davon aus, dass Ausländerinnen und Ausländer sich aus allen politischen Geschäften heraushalten, um sich dann nach zehn oder zwölf Jahren einbürgern zu lassen und sofort die Rolle des engagierten Bürgers und der engagierten Bürgerin zu spielen. Aus Eunuchen sind aber noch nie gute Liebhaber geworden.

Wenn immer mehr Menschen Abseits stehen, wenn immer mehr sich nicht für die allgemeinen Belange engagieren (können), ist ein politisches System, das so föderalistisch, partizipativ und subsidiär wie das schweizerische aufgebaut ist, nicht mehr funktionsfähig.

Neben diesem eher pragmatischen und auch egoistischen Grund für eine politische Einbindung möglichst aller gibt es auch grundsätzliche Überlegungen. Es stellt sich die Frage, ob ein politisches System, in dem grosse Teile der Bevölkerung von der Mitsprache ausgeschlossen sind, als Demokratie bezeichnet werden kann. Gibt es eine Grenze, ab der eine Gesellschaft nicht mehr demokratisch bezeichnet, nicht mehr all inclusive ist? Und wann ist diese Grenze erreicht?

All inclusive, ich fasse zusammen, heisst also:

- ökonomisch, sozial, kulturell und politisch einschliessen
- möglichst alle Menschen, die hier leben, einschliessen
- möglichst alle Themen, die für die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft wichtig sind, einschliessen
- möglichst alle Räume zwischen lokal und global einschliessen

Ein solches «All Inclusive» ist nicht mehr Privileg einer kleinen Luxusgruppe, ein solches «All Inclusive» ist in der Tat auch kein Luxus, sondern vielmehr notwendige Voraussetzung für die Gestaltung der Zukunft.

Walter Leimgruber

Projektleiter, nccr – on the move, Universität Basel und Stiftungsrat Stapferhaus Lenzburg

Schriftlichen Version des Inputreferats, das Walter Leimgruber am 30. Oktober 2017 anlässlich des zweiten vom «nccr – on the move» organisierten Dialogs unter Expertinnen und Experten im Stapferhaus Lenzburg gehalten hat.